

Der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg verliert mit Inge Lindemann eine seiner treuesten Mitstreiterinnen aus den alten Bundesländern. Noch heute sieht man sie im Geiste in Ronneburg, ihre langen dunklen Haare schimmernd, mit dem Rücken an der Innentür des Ronneburger Klubhauses lehnd, wie sie auf der ersten wissenschaftlichen Fachtagung zur Uranbergbau-sanierung dem Podium provokante Fragen stellte. Zur Thematisierung des Uranbergbaus und der Wismutsanierung im Bundestag leistete sie 1990 einen unschätzbaren Beitrag: Ohne ihr maßgebliches Zutun im Hintergrund hätte es die Ausrichtung auf den Weg der Sanierung so nicht gegeben. Sie war es, die zur richtigen Zeit die richtige Vorlage für einen Entschließungsantrag von Bündnis 90/ Die Grünen formulierte, dem sich alle Fraktionen – dem damaligen Zeitgeist entsprechend – anschlossen. Das hat sie für die Menschen in unserer Region getan, weiß man in Ronneburg. Sie hielt stets engen Kontakt und hat dem Umweltkreis Ronneburg auch den Weg zur wissenschaftlichen Betrachtungsweise und der Mitwirkung im Strahlentelex gewiesen. Nach der Ronneburger Tagung 2008 und nach dem Ausbruch ihrer Krankheit vor zwei Jahren bedankte sie sich herzlich dafür, daß es die Arbeit des Umweltkreises gibt.

Nach Heirat und Kindern forderte auch ihre Familie einen Teil ihrer Zeit. Sie blieb jedoch von ganzem Herzen investigative Journalistin. Seit 2004 hat Inge Lindemann im Strahlentelex immer wieder über Uran im Trink- und Mineralwasser, im Phosphatdünger und über Probleme des Uranbergbaus in den Abbau-ländern berichtet und diesen Themenkomplex systematisch betreut. Ohne ihr ständiges Mahnen und Bohren hätte Deutschland vielleicht heute noch keinen Grenzwert für

Uran in Trink- und Mineralwässern in Aussicht. So begann sie auch enge Beziehungen zur Forschung aufzubauen und weckte in nicht wenigen Naturwissenschaftlern den Sinn für die gesellschaftliche Bedeutung ihrer Arbeit. Ihre letzten Schaffensjahre trafen dann voll das Metier ihrer neugewonnenen Freunde in der landwirtschaftlichen Forschung: Die spektakulär hohen Uran-Einträge durch den Einsatz mineralischer Phosphordünger in der Landwirtschaft, deren Ausmaß die Uranemissionen der energieerzeugenden Atomwirtschaft in Deutschland um ein Vielfaches übersteigen, waren Botschaft ihres letzten Artikels im Strahlentelex: „Landwirte wollen Phosphor und bringen Uran auf den Acker“. Ein uralter Berufsstand, seit Urzeiten existenziell dem Schutz seiner natürlichen Produktionsressourcen verpflichtet – Inge Lindemann wollte und will ihn warnen, die Grundlagen seines Wohlstandes nicht zu mißachten und die Fruchtbarkeit von mit Radionukliden unbelasteten Böden den kommenden Generationen zu bewahren.

Im Oktober 2008 nahm Inge Lindemann an einer Reise und Konferenz „Uranium – Blessing or Curse“ in Namibia teil. Sie half mit, den Uranabbau in Namibia zu thematisieren und begründete im Februar 2009 „uranium-network.org“ mit. Mit ihrer Fachkenntnis half sie auch den afrikanischen Teilnehmern, und sie blieb dem uranium-network.org und dem Thema Uranabbau auch noch nach Ausbruch ihrer Krankheit beratend verbunden.

Inge Lindemann war eine Altruistin durch und durch. Wir vermissen sie sehr.

**Günter Wippel, Ewald Schnug, Mario Schmidt, Frank Lange, Silvia Haneklaus, Thomas Dersee**

## Atom Müll

# Erhöhte Strahlung in Gorleben

## BI Umweltschutz: „Castor-Transport muss abgesagt werden“

102 Castor-Behälter verlieren sich noch im Brennelement-Zwischenlager Gorleben, 420 Stellplätze gibt es insgesamt, 11 Behälter sollen im Herbst aus La Hague dazu kommen – doch schon jetzt gibt es Strahlenalarm: Radioaktivitäts-Messungen im Auftrag des niedersächsischen Umweltministeriums hätten ergeben, dass die Strahlenbelastung am Zaun des Zwischenlagers oberhalb der zulässigen Jahreshgrenzwerte liegen könnte. Das berichtete das NDR Regionalmagazin „Hallo Niedersachsen“ am Abend des 25. August 2011. Dem NDR liegt demnach ein Vermerk des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) vor, in dem es heißt, es sei nicht auszuschließen, dass die Jahresdosis bis Ende 2011 überschritten sein könnte. „Eine Einlagerung weiterer Behälter wäre dann nicht zulässig.“

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) fordert umgehend die Absage des nächsten Castor-Transports, der für den November erwartet wird. Die Gorleben-Gegner halten die Maßnahmen wie das Umstellen der Behälter in der Halle, wie sie die Brennelementlager-Gesellschaft (BLG) vorschlägt, für „provisorischen Pfusch“. „Hauptbetroffene sind die Mitarbeiter der BLG, die täglich dem Strahlenfeld ausgesetzt sind“, gibt die BI zu bedenken.

Einen Grund für die alarmierende Strahlenwerte sieht die BI in der Einlagerung von Behältern mit extrem hohem Abbrand: „Der Castor-Transport 2010 war nicht nur derjenige, der bisher den größten Widerstand herausgefordert

hatte, er war auch der heißeste.

Bereits im Jahr 2008 war nach Angaben der BI die erlaubte Strahlenbelastung im Brennelement-Zwischenlager zu zwei Dritteln „ausgeschöpft“ worden. „Mit dem heißen Transport des vergangenen Jahres, bei dem nach Messungen der französischen Areva, der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) und des TÜV eine maximale Dosisleistung (circa 20 Prozent Gamma- und circa 80 Prozent Neutronenstrahlung) in 2 m Abstand zwischen 0,06 und 0,07 Millisievert pro Stunde pro Behälter konstatiert wurde.

„Jetzt ist das Strahlenfass übergelaufen“, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Es zeige sich, dass die Lagerhallen keinerlei Abschirmwirkung haben. Ein Indiz für eine bereits eingetretene Strahlenwirkung sieht Ehmke in der Tatsache, dass seit der Inbetriebnahme des Transportbehälterlagers in Gorleben in der Region deutlich weniger Mädchen geboren werden als zuvor. Strahlentelex hatte in der Ausgabe 590-591 vom 04.08.2011 (S. 17) berichtet.

Die Tatsache, dass das NLWKN jetzt einen Halbjahreswert für Neutronenstrahlung ermittelt hat, der hochgerechnet die in der Betriebsgenehmigung erlaubte Dosis von 0,3 Millisievert übersteigt, wirft Fragen nach der Zuverlässigkeit der Betreiberin auf“, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Die Umgebungsüberwachung der BLG müsse sorgfältig geprüft werden. Der skandalöse Zustand, dass beim Eintreffen neuer Castor-Behälter die BLG der Gewerbeaufsicht die Messinstrumente leiht, regt die Gorleben-Gegner seit Jahren auf. ●